



Kantonsratssitzung 31. Oktober 2022
Traktandum 6 **Interpellation der SP-Fraktion; Unterstützung und Förderung der
Erwachsenenbildung bzw. allgemeinen Weiterbildung durch den Kanton**
Geschäftsnummer 0100.160
Eintretensvotum **SP-Fraktion**
Fraktionssprecherin Judith Egger, Speicher

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Geschätzter Herr Landammann
Geschätzte Damen und Herren von Regierungs- und Kantonsrat

Ich erlaube mir, die Fragen zur Unterstützung und Förderung der Erwachsenenbildung in einen grösseren Zusammenhang einzuordnen:

Wir reden hier von der allgemeinen Weiterbildung bzw. der Erwachsenenbildung. Das heisst von Bildung im Erwachsenenalter, die nicht (in erster Linie) dem beruflichen Weiterkommen dienen soll. Sie soll zur persönlichen Horizonterweiterung beitragen, zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Teilhabe an der Gesellschaft, sie soll auch dem Sich-Zurechtfinden in einer sich wandelnden Welt dienen. Letztlich der Emanzipation, einem zentralen Ziel der demokratischen Gesellschaft.

Bemühungen für organisiertes Lernen im Erwachsenenalter gibt es übrigens seit der Gründung des Bundesstaates 1848. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich die Bildung im Erwachsenenalter im Spannungsfeld von berufsbezogener Weiterbildung und allgemeiner Weiterbildung. Die allgemeine Weiterbildung geriet zunehmend unter Druck. Im Jahr 2012 fällt für die Erwachsenenbildung auf eidgenössischer Ebene ein folgenschwerer politischer Entscheid: Der gesamte Erziehungsbereich wird aus dem Departement des Innern herausgelöst und im Wirtschaftsdepartement angesiedelt. Ein eigentlicher Paradigmenwechsel und ein starkes Signal nach aussen in Bezug auf das Verhältnis von Bildung und Wirtschaft. Als Folge davon sollte die berufliche Weiterbildung Vorrang haben.

Wir verkennen die Situation fundamental, wenn wir meinen, bei der allgemeinen Weiterbildung/Erwachsenenbildung handle es sich um einen Nebenschauplatz, um nice-to-have, um ein Steckenpferd ein paar bildungsfreundlicher Leute oder gar um Luxus. Erwachsenenbildung oder allgemeine Weiterbildung ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildungspolitik. Und der Staat ist - nicht zuletzt aus demokratiepolitischen Gründen - in der Verantwortung, dass der Zugang zu Angeboten der Erwachsenenbildung allen, die lernen möchten, offensteht. Und dass sie zum Lernen ermutigt werden.

Vor diesem Hintergrund bin ich gespannt auf die Antworten des Regierungsrates.